



Presseinformation

Nr. 469 / 2014

Kiel, Dienstag, 25. November 2014

Finanzen / Haushalt

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Dr. Heiner Garg: Rot-Grün-Blaue Investitions-Placebos

Zur Vorstellung der Haushaltsanträge von SPD, Grünen und SSW erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Das heute von den Koalitionsfraktionen vorgestellte haushaltspolitische Klein-Klein soll lediglich darüber hinwegtäuschen, dass nach der Landesregierung auch die sie tragenden Fraktionen die Herausforderungen für eine zukunftsorientierte und generationengerechte Politik nicht annehmen.

Ralf Stegner und Co. verkünden vollmundig, sie würden in ein besseres Leben investieren. Das genaue Gegenteil dokumentieren SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW mit ihren Investitionsplacebos.

Beispiel Krankenhäuser:

Die Kliniken im Land schieben einen enormen Sanierungsstau vor sich her und brauchen dringend eine solide und verlässliche Anschlussfinanzierung an das von der FDP/CDU-Vorgängerregierung auf den Weg gebrachte Programm zur Finanzierung der Einzelbaumaßnahmen. Stattdessen schreibt die Koalition für die kommenden drei Jahre gerade einmal 20 Millionen Euro in den Haushalt. Verlässliche Investitionsfinanzierung bis 2030 sieht anders aus.

Beispiel Straßenbau:

Statt endlich einen spürbaren Beitrag zum Abbau des verheerenden Investitionsstaus bei unseren Landesstraßen zu leisten, erdichten Ralf Stegner, Eka von Kalben und Lars Harms für eine Million Euro eine neue innovative Fahrradinfrastruktur.

Zukunftssichernde und generationengerechte Politik geht anders, wie die FDP-Landtagsfraktion mit ihren Änderungsanträgen zum Haushalt zeigt.

Darüber hinaus hat die FDP-Fraktion heute beschlossen, neben der Schuldenbremse ein zweites verbindliches Instrument für die zukunftsfähige und Generationen gerechte Gestaltung des Landes zu etablieren: eine verbindliche Steigerung der Investitionen um jährlich mindestens ein Prozent an den Gesamtausgaben des Landeshaushalts. Und dies wenigstens solange, bis die Investitionsquote zwölf Prozent der Gesamtausgaben erreicht hat. Einen entsprechenden Antrag haben wir heute eingebracht.

Denn neben der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte entscheiden vor allem stetige Investitionen in die Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitsinfrastruktur maßgeblich über die Zukunft Schleswig-Holsteins und darüber, welche Chancen Menschen aller Generationen in unserem Land haben werden.“